

Germanwatch zur Europawahl im Mai 2014

Was die anstehende Wahlentscheidung für die Zukunft der EU bedeutet – und was Germanwatch vom neuen Europäischen Parlament erwartet

Bis zum 25. Mai können in der EU – der zweitgrößten Demokratie nach Indien – 375 Millionen Europäerinnen und Europäer ihr Wahlrecht wahrnehmen. Und das sollten sie auch tun, davon ist Germanwatch überzeugt. Bleibt die EU eine ernsthafte Stimme in der sich rasant umgestaltenden Welt? Angesichts ihres jüngsten Bedeutungsverlustes müsste man vielleicht fragen: Wird sie wieder zu einer ernsthaften Stimme? Keiner der 28 Staaten, auch nicht Deutschland, hat alleine das Gewicht, in einer von China und den USA dominierten Welt ernsthaft Themen zu setzen und Werte durchzusetzen. Die EU muss sich in ihrem internationalen Handeln auf gemeinsame zukunftsfähige Positionen einigen, wenn sie nicht in die Bedeutungslosigkeit abgleiten will.

Die Europawahl entscheidet maßgeblich darüber mit, ob die EU überhaupt den politischen Willen organisieren kann, eine solche an Nachhaltigkeit und Zukunftschancen orientierte gestaltende Rolle zu spielen. Es wird immer deutlicher, dass die EU sich entscheiden muss: Will sie dem Modell einer globalen Partnerschaft auf Augenhöhe und für die Akzeptanz der Grenzen des Planeten den Weg bahnen, oder die Interessen einer global vernetzten Vermögenselite bedienen – den reichsten zehn Prozent, die sich zunehmend die Kontrolle von Medien, Justiz und Politik „erkaufen“? Äußerungen wie die von Bundeskanzlerin Merkel, die Demokratie müsse „marktkonform“ gestaltet werden, schüren Ängste, dass demokratisch legitimierte Politik weiter geschwächt und auf die wirtschaftlich Mächtigen ausgerichtet wird, die Gewinne privatisiert und die sozialen oder ökologischen Risiken sozialisiert werden. Handelsabkommen, die den Konzernen Schadensersatzklagen bei sozialer oder ökologischer Regulierung einräumen – wie es aktuell im Rahmen der „TTIP-Verhandlungen“ diskutiert wird –, beschneiden die Handlungsfähigkeit demokratisch gewählter Parlamente und stellen Industrieinteressen über demokratische Rechte und notwendige politische Rahmensetzungen.

Die Besorgnis über diesen Trend wächst auch in vielen Teilen der Bevölkerung; insbesondere bei Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Abstiegsängsten betroffen sind. Leider können aktuell in mehreren europäischen Ländern rechtspopulistische Parteien diese Besorgnis besonders stark für sich nutzen. Wir dürfen es nicht diesen Rechtsaußen-Kräften überlassen, die Sorgen und Ängste der Menschen zu kanalisieren. Bei der Europawahl muss es darum gehen, statt den falschen Extremen eines „Europa der Eliten“ und der nationalistischen Horizontverengung eine global verantwortliche europäische Politik zu definieren, die auch sozial Schwachen und DurchschnittsverdienerInnen in der EU und Deutschland eine gute Perspektive bietet und die großen Herausforderungen anpackt.

Das würde bedeuten, in der EU-Politik, im Dialog mit den Nachbarn – von Nordafrika bis zur Ukraine und Russland – und mit den weltweiten Partnern um eine sozial und ökologisch untermauerte Friedensordnung zu ringen. Es würde bedeuten, eine Transformation des Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssystems durchzuführen, die auf der einen Seite neue Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven gerade in den Krisenregionen Europas aufzeigt; und die andererseits die Energiewende europäisiert und um Energieeffizienz in den Sektoren Industrie, Verkehr und Gebäude ergänzt. Es geht auch darum, die Menschenrechte auf Nahrung und Wasser durchzusetzen und Partnerländer dabei zu unterstützen. Eine EU mit menschlichem Gesicht verringert die Kluft zwischen Arm und Reich und bekämpft Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge.

Eine zukunftsfähige EU könnte das internationale Klimaabkommen, das die Staatengemeinschaft 2015 in Paris beschließen soll, sowie die im selben Jahr anstehenden Beschlüsse über soziale und ökologische „Nachhaltige Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals, SDGs) für Industrie- und Entwicklungsländer beherzt in diesem Sinne voranbringen.

Die EU – zumindest die 18 Staaten der Euro-Gemeinschaft – muss eine abgestimmte Wirtschafts- und Fiskalpolitik in die Wege leiten, wenn sie nicht noch einmal durch den Schleudergang der Finanzwirtschaft gedreht werden soll. Die versprochene Finanztransaktionssteuer kann neue finanzielle Freiräume für die Bekämpfung von Armut – in Entwicklungsländern und hierzulande – sowie für den Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels schaffen. Gegenüber der Internationalen Zivilen Flugverkehrsorganisation (ICAO) sollte die EU durchsetzen, dass auch der internationale Flugverkehr klimapolitische Verantwortung übernimmt.

Verbindliche Transparenzregeln gegenüber den sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Herausforderungen großer Unternehmen, wie sie die EU gerade Anfang 2014 beschlossen hat, sind eine der Grundlagen, um die Fähigkeit für politisches Handeln wiederherzustellen. Unsere Wahlentscheidung am 25. Mai ist eine andere, zentrale Grundlage dafür.

Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die darauf drängen, dass die EU politisch handlungsfähig wird und dann auch handelt. Die vom neuen Europaparlament den Mut einfordern, die vielfältigen Herausforderungen in Angriff zu nehmen.

Eine gute Wahl wünscht Ihnen das Germanwatch-Team!

Handelsabkommen dürfen Demokratie sowie soziale und ökologische Rechte nicht ausbremsen!

Die derzeit verhandelten Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) drohen, wichtige demokratische Rechte auszuhebeln. Angeblich wurde schon vor Monaten eine grundsätzliche Einigung mit Kanada erzielt, entsprechende Dokumente sind aber bis heute nicht veröffentlicht. Die mangelnde Transparenz bei beiden Verhandlungsprozessen empört zu Recht viele ParlamentarierInnen.

In der EU hat die von den Regierungen ernannte Kommission die Federführung und ein Gremium von MinisterialbürokratInnen der Mitgliedstaaten ist das einzige effektive Aufsichtsgremium. Das Europäische Parlament (EP) als die direkt demokratisch gewählte Vertretung der europäischen Bevölkerung hat allerdings Möglichkeiten, laufende Verhandlungen zu beeinflussen und Rechenschaft von der Kommission zu fordern.

Germanwatch sieht wie viele zivilgesellschaftliche Gruppen und eine breite Öffentlichkeit zentrale Bestimmungen, die in beiden Abkommen verankert werden sollen, mit Sorge. Es ist zu befürchten, dass hier Unternehmensinteressen systematisch soziale und ökologische Interessen aushebeln. Besonders in der Kritik stehen die Bestimmungen zum Investitionsschutz. Sie würden es Unternehmen aus den Partnerländern ermöglichen, vor einem privaten Schiedsgericht gegen Gesetze und Verordnungen der EU oder der Mitgliedstaaten Schadensersatz einzufordern, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen durch soziale oder ökologische Regelungen beeinträchtigt sehen. Sie könnten damit den normalen Rechtsweg umgehen. Private Wirtschaftsanwälte als Schlichter entscheiden dann darüber, ob demokratisch zustande gekommene Entscheidungen angemessen sind. Beispiele aus anderen Abkommen zeigen, dass solche Verfahren genutzt werden, um gegen Umwelt- und VerbraucherInnenschutz zu klagen: gegen das Verbot von Zusatzstoffen im Benzin, gegen Warnhinweise auf Zigarettenpackungen, gegen ein Moratorium auf Gasförderung durch Fracking oder – siehe Vattenfall – auf Schadensersatz wegen des deutschen Atomausstiegs. Die Kommission hat zaghaft auf die Kritik reagiert und eine öffentliche Konsultation darüber begonnen, wie entsprechende Bestimmungen im TTIP (nicht aber im CETA) aussehen könnten. Gleichwohl hat der von Wirtschaftsinteressen stark beeinflusste Handelsausschuss des EP mit großer Mehrheit einem Vorschlag der Kommission zugestimmt, der die Zuständigkeiten zwischen Kommission und Mitgliedstaaten in zukünftigen Streitfällen regeln soll.

Statt sich an die Spitze einer grundsätzlichen Debatte darüber zu setzen, ob entsprechende Schiedsverfahren sinnvoll sind, hat der Handelsausschuss des scheidenden Parlaments also ohne große Diskussion schon einmal die Voraussetzung für deren Umsetzung abgesegnet. Das neu zu wählende Parlament muss dagegen seiner Kontrollfunktion in dieser Frage effektiv gerecht werden – und als einen ersten Schritt diesen Beschluss

rückgängig machen. Es sollte darüber hinaus durchsetzen, dass weder CETA, TTIP noch andere künftige Verträge Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, die Konzernen Sonderklagerechte gegen demokratisch zustande gekommene Gesetze zum Schutz von Umwelt, VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen einräumen.

Ein weiterer Anlass zur Besorgnis ist, dass auch auf sozialen oder ökologischen Regulierungen und Standards basierende „Handelshemmnisse“ abgebaut werden sollen. Dabei könnte eine Anpassung nach unten stattfinden. Vor allem aber droht es schwieriger zu werden, neue Regulierungen und Standards, von denen eine handelsbeschränkende Wirkung zu erwarten ist, einzuführen. Für die notwendige Transformation – etwa des Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssystems – wie sie Germanwatch fordert sind aber neue Rahmensetzungen und Regulierungen zentral. Dies betrifft etwa effektiveren Klimaschutz, den schrittweisen Ausstieg aus der Kohle, oder Sorgfaltspflichten beim Einkauf von Rohstoffen aus Konfliktregionen. Wenn Unternehmen durch Klagen die sozial-ökologische Regelsetzung durch die Parlamente begrenzen oder als „Handelshemmnis“ angreifen, ist das höchst bedenklich. Schon heute wirkt der weitgehend liberalisierte Handel indirekt bremsend auf neue Standards, da unterschiedliche Rahmenbedingungen und Regulierungen zu Kostenunterschieden führen. Dieses Kostenargument wird oft gegen soziale und ökologische Regulierungen ins Feld geführt. Eine systematische Überprüfung der Wirkung neuer Regulierungen auf den transatlantischen Handel, wie sie durch TTIP vor der Einführung jeder neuen Regulierung verpflichtend werden soll, würde diesen Effekt noch verstärken.

Das neu gewählte EP sollte daher die Verhandlungen nicht nur kritisch begleiten, sondern in den relevanten Ausschüssen (Handel, Umwelt, VerbraucherInnenschutz) über einen alternativen Ansatz nachdenken. Dabei sollte nicht im Vordergrund stehen, mögliche handelsbeschränkende Effekte von Regulierungen zu verhindern. Vielmehr geht es darum, zu analysieren, wo der Status Quo der Handelspolitik nachhaltigeren Wirtschaftsweisen in der EU und den USA im Wege steht. Darauf aufbauend wäre zu überlegen, ob und wie politische Rahmensetzungen transatlantisch anzugehen sind – nicht um Handelshindernisse, sondern um Nachhaltigkeits-Hindernisse abzubauen. Wenn dies auch den Handel – etwa durch abgestimmte ökologische und soziale Standards – erleichtert, wäre das ein positiver Nebeneffekt, aber nicht das primäre Ziel. Handel kann dann ein sinnvolles Mittel zum Zweck, aber kein Selbstzweck sein.

Diese Diskussionen sollten nicht nur im Parlament selbst und mit der Kommission stattfinden. Zivilgesellschaft, kritische WissenschaftlerInnen und eine breitere Öffentlichkeit sollten zu Wort kommen.

Der erste Schritt wäre, dass das EP die Zustimmung zum CETA-Abkommen verweigert, das viele problematische Regelungen enthält. Dann sollte das EP klarmachen, dass es beim TTIP ebenso verfahren wird, wenn es nicht zu einem grundlegenden Neuanfang in der Handelspolitik kommt.

Europawahl entscheidet über ambitionierte Klimapolitik

Die Europawahl Ende Mai ist auch eine zentrale Richtungswahl für den Klimaschutz in Europa, in Deutschland und nicht zuletzt weltweit. Die fünf Jahre der nächsten EU-Wahlperiode entscheiden ganz besonders darüber mit, ob die Welt die Wende in die Niedrig-CO₂-Wirtschaft noch halbwegs rechtzeitig schafft – oder ob die globale Erwärmung in globale Wirtschafts-, Armut- und Sicherheitskrisen mündet. Damit es nicht soweit kommt, müssen wir weltweit bis 2020 den Einstieg in die Energiewende schaffen. Erfreulicherweise gibt es seit einiger Zeit vermehrt positive Signale aus China, dem mit Abstand wichtigstem Land dafür.

Ob Politik und Wirtschaft den Pfad hin zu einer weltweiten Senkung der Treibhausgasemissionen auf fast Null bis Mitte des Jahrhunderts einschlagen, entscheidet sich zu einem großen Teil in der EU. Wichtig ist hier, eine schlüssige Klimapolitik in der EU und eine darauf aufbauende internationale Energie- und Klimastrategie zu verknüpfen. Geht die EU nicht mutig mit neuen Politiken voran, werden auch andere Regionen nur zögernd den Einstieg in die CO₂-arme Wirtschaft einleiten. Ohne den Mut und politischen Willen dazu werden geschwächte EU-VerhandlerInnen, wie allzu oft in den letzten Jahren, den Prozess nur vom Spielfeldrand aus beobachten können.

Es bedarf einer engen Koordinierung aus Brüssel, damit es gelingt, die Kosten für die Energiewende hin zu Energieeffizienz und Erneuerbare Energien so niedrig wie möglich zu halten. Und nur wenn die EU ihre gemeinsame Klimapolitik stärkt, kann sie beim Klimagipfel in Paris im Dezember 2015, wo die Staatengemeinschaft ein neues internationales Abkommen beschließen soll, neben China und den USA eine treibende Rolle spielen. Nicht nur weil der entscheidende Pariser Gipfel in Europa stattfindet, muss die EU eine aktive Rolle spielen. Bislang gab es in den Klimaverhandlungen immer nur dann Durchbrüche für mehr Klimaschutz, wenn die EU und die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Entwicklungsländer sich gemeinsam dafür eingesetzt haben.

Der wichtigste Beitrag, den die EU zum Schutz des globalen Klimas und zum Erreichen eines internationalen Abkommens leisten kann, ist eine starke Klimapolitik mit ambitionierten Zielen für die EU selbst. Den Status eines Klimavorreiters hat die EU in den letzten Jahren durch eine zögerliche und mutlose Politik verspielt. Sie muss ihn dringend wiedererlangen, um zu zeigen, dass Klimaschutz möglich ist. Dass die Dekarbonisierung nicht der Sargnagel, sondern die Chance für Wirtschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze ist, auch in den von der Krise besonders betroffenen Regionen Europas.

Ein neues Wohlstandsmodell, in dem CO₂-neutral und ressourcenschonend gewirtschaftet wird, hat viele Vorteile: Es schafft Arbeitsplätze, sichert Anteile an Zukunftsmärkten für Energieeffizienz und saubere Energietechnologien, senkt langfristig die Energiekosten für Wirtschaft und VerbraucherInnen und stärkt die Energiesicherheit. Ambitionierte Vorgaben für den Klima- und Energiebereich müssen mit einer Innovations- und Investitionsstrategie verbunden werden. Europäische Unterstützung für Niedrig-CO₂-Umbau und Modernisierung der Industrie kann der weit verbreiteten Skepsis gegenüber ehrgeizigen Klimazielen in den mittelosteuropäischen Ländern, die stark von fossilen Energien abhängig sind, entgegenwirken. In den von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten im Süden Europas können solche Programme der Wirtschaft neue Impulse geben. Deswegen müssen die Mittel im EU-Haushalt für Forschung zu neuen Energie- und Effizienztechnologien sowie für Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur und in Energieeffizienz im Gebäudebereich deutlich erhöht werden. Die EU-Strukturfonds sind auf diese Bereiche auszurichten.

Konkret geht es sofort nach der EU-Wahl auch um die Reparatur des siechenden Emissionshandels. Bei Preisen für die Verschmutzungserlaubnisse von aktuell nur rund sieben Euro pro Tonne CO₂ verspüren die Firmen keinerlei Anreiz, in die emissionsarmen Technologien von morgen zu investieren. Jetzt muss die Politik die Konstruktionsmängel des Emissionshandels angehen. Noch entscheidender ist die Debatte um die neuen Ziele der EU für die Emissionsreduktionen, für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und für Energieeffizienz bis 2030. Vom EU-Parlament wird abhängen, ob die EU ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz vereinbart oder die viel zu schwachen Vorstellungen von Kommission und Mitgliedstaaten durchkommen. Die Europawahl beeinflusst darum ganz wesentlich die Klima- und Energieziele.

Für den Erfolg der internationalen Klimaverhandlungen ist am Ende noch ein weiterer Faktor entscheidend. Zur Finanzierung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Ländern des globalen Südens müssen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erhebliche Mittel mobilisiert werden. Dazu haben die EU und ihre Mitgliedstaaten sich verpflichtet. Um eine stabile Klimafinanzierung in ausreichender Höhe sicherzustellen, braucht es neben Mitteln aus den öffentlichen Haushalten auch neue, innovative Finanzquellen. Diese müssen schnell entwickelt werden. Das neue EU-Parlament muss auch aus diesem Grund dafür sorgen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und einen Teil der Einnahmen in den Klimaschutz und in die Anpassung an die Folgen des Klimawandels fließen zu lassen.

Schlussendlich müssen im neuen internationalen Klimaabkommen die Verpflichtungen der Staaten insgesamt ambitioniert genug sein, um die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad Celsius zu begrenzen und somit einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern. Ohne eine von den Wählerinnen und Wählern eingeforderte europäische Klimavorreiterrolle kann das kaum gelingen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Transformation des Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssystems

Für eine Transformation des Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssystems bedarf es einer informierten und engagierten Gesellschaft, die ein vertieftes Wissen der komplexen Zusammenhänge besitzt und Partizipations- sowie Handlungsmöglichkeiten kennt. Bisher sind wir noch weit davon entfernt, dass etwa die Energiewende sich als Teil der europäischen Identität entwickelt. Auch hierfür ist eine strukturell breit verankerte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) notwendig. Die UN wird 2015 nach dem Ende der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wahrscheinlich ein BNE-Weltaktionsprogramm beschließen. Dies kann nur Früchte tragen, wenn es auf nationaler und zunehmend auch auf gesamteuropäischer Ebene strukturell unterfüttert und umgesetzt wird. Das EP kann unter anderem über steigende europäische Zuschüsse für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und eine gemeinsame Debatte zur Stärkung von BNE unterstützen. Eine feste Verankerung von BNE in der Schule, in der Aus- und Weiterbildung sowie in kultureller Bildung stärkt die Akzeptanzgrundlage für die europäische Transformation. Die Umsetzung entscheidet darüber, ob sich das Weltaktionsprogramm mit Leben füllt. Der europäische Beitrag zum weltweiten BNE-Vorhaben muss dabei die globale Verantwortung Europas berücksichtigen und den Austausch mit (Süd-) Partnern fördern.

Zeigen wir, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger diesen Gestaltungswillen haben und geben dem Europäischen Parlament ein starkes Mandat dafür!

Rahmensetzungen für Konfliktrohstoffe

Am Ende der jetzigen Legislaturperiode, Anfang März 2014, hat die EU-Kommission einen Gesetzentwurf zu Konfliktrohstoffen vorgelegt. Als Konfliktrohstoffe werden zum Beispiel Gold, Zinn oder Tantal verstanden, deren Abbau und Handel unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo einen kriegerischen Konflikt angeheizt haben. Aber auch beim Abbau anderer Rohstoffe wie Kupfer aus Peru oder Kohle in Kolumbien, die Europa importiert, kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Konflikten. Die abgebauten Metalle landen unter anderem in Mobiltelefonen und in der Autoelektronik.

Mit dem Gesetzesvorschlag will die Kommission verhindern, dass europäische Unternehmen künftig mit dem Einkauf von Rohstoffen Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen finanzieren. Doch statt verbindliche Rahmenbedingungen festzulegen, hat die EU-Kommission lediglich freiwillige Maßnahmen angekündigt. Europäische Unternehmen werden nach dem Entwurf der EU-Kommission nicht zur Überprüfung ihrer Lieferketten verpflichtet. Damit bleibt der Gesetzentwurf weit hinter den Erwartungen vieler Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zurück. Das EU-Parlament hatte sich dagegen bereits am 19. Februar dieses Jahres in einem Bericht für eine verbindliche Sorgfaltspflicht mit klaren Sanktionsmechanismen im Falle von Verstößen durch die Unternehmen ausgesprochen.

Der Gesetzesentwurf der EU-Kommission wurde im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsprozesses an das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union weitergeleitet. Der Prozess wird nun noch einige Monate dauern. Germanwatch hält es für sehr wichtig, dass auch das neue EU-Parlament weiterhin die Position des scheidenden Parlaments einnimmt, dass eine verbindliche Sorgfaltspflicht festgeschrieben wird.

Agrarpolitik ökologisch und entwicklungspolitisch kohärent gestalten

In der gerade beschlossenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) war das Europäische Parlament erstmals voll am Entscheidungsprozess beteiligt. Dabei hat das EP leider nicht die Rolle eines Vorreiters für eine nachhaltigere und international verantwortlichere Landwirtschaft gespielt. Im Gegenteil: Die Mehrheit hat oft konstruktive Vorschläge der Kommission, Subventionen stärker an ökologische Bedingungen zu knüpfen und an kleinere Betriebe zu zahlen, abgelehnt oder verwässert. Viele Abgeordnete gerade im federführenden Agrarausschuss zeigten eine große Nähe zu Bauernverbänden und Agrarindustrie, die vor allem den Status Quo erhalten wollten.

In der kommenden Legislaturperiode steht keine umfassende Reform der GAP an. Die Umsetzung der beschlossenen Reformen soll allerdings 2016/17 bewertet werden und mit der Liberalisierung des Milchmarkts 2015 droht eine Überproduktions- und Preiskrise.

Es ist daher wichtig, dass im neuen Europaparlament mehr Abgeordnete vertreten sind, die sich den LobbyistInnen des Status Quo entgegen stellen. Die von vielen AnalystInnen erwarteten Probleme dürfen nicht dadurch „gelöst“ werden, dass die EU wieder ihre Exporte subventioniert. Eine stärkere Orientierung der Milchproduktion an den lokalen Ressourcen der jeweiligen Standorte kann dem Preis- und Mengendruck besser entgegenwirken. Das neu zu wählende EP kann hier in der von der Kommission begonnen Diskussion um die Gestaltung des Milchmarkts ebenso Einfluss nehmen wie bei der Zwischenbewertung der GAP. Dabei sollte das EP bewerten, inwieweit die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten genutzt haben, Mittel für Umweltschutz und kleinere Betriebe umzuschichten. Wenn dies – wie sich abzeichnet – nur in geringem Umfang geschieht, muss das EP auf verbindlichere Vorgaben auf EU-Ebene drängen.

Die Erfahrung mit den bisherigen Reformschritten der GAP hat gezeigt, dass die Mitgliedstaaten von selbst nur sehr zurückhaltend Umweltschutz und bäuerliche Landwirtschaft fördern. Meist überwiegt die Angst vor Wettbewerbsnachteilen im EU-Binnenmarkt. Für echte Fortschritte sind daher starke, auf Nachhaltigkeit zielende Akteure auf EU-Ebene notwendig. Das EP kann mit einem entsprechenden Mandat der Wählerinnen und Wähler diese Rolle übernehmen.

Weitere Informationen:

- **Ranking der EU-Parteien und Abgeordneten in Sachen Klimaschutz**

Das Ranking des Climate Action Network Europe (CAN) bewertet die Abstimmungen zu den zehn wichtigsten Initiativen der EU zur Klima- und Energiepolitik von 2009 bis 2014 und offenbart, wie die Parteien und Abgeordneten der EU sich fernab von jeder Rhetorik tatsächlich in punkto Klimaschutz und Energiewende verhielten. In Deutschland haben die Europaparlamentarier von Bündnis 90/Die Grünen beim Klimaschutz die Nase vorne, jedoch fast gleichauf mit den Abgeordneten der SPD. Besonders schlecht schnitt die CSU ab. Sie erhielt zusammen mit FDP und CDU nur eine schlechte Note. Link zum Ranking: www.eu-koordination.de/PDF/ranking.pdf

- **Für eine strikte EU-Regelung zu Konfliktrohstoffen**

Im September 2013 hatte Germanwatch gemeinsam mit zahlreichen anderen Nichtregierungsorganisationen gesetzliche Sorgfaltspflichten zu Rohstoffen aus Konfliktgebieten eingefordert. Link zum Positionspapier: www.germanwatch.org/de/7367

Ansprechpartner: Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer (bals@germanwatch.org)

AutorInnen: Christoph Bals, Oldag Caspar, Cornelia Heydenreich, Sönke Kreft, Tobias Reichert, Stefan Rostock, Lutz Weischer

Redaktion: Daniela Baum, Gerold Kier

Diese Publikation finden Sie als PDF-Download unter: www.germanwatch.org/de/8578

Mai 2014

Germanwatch – Büro Bonn

Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19
Website: www.germanwatch.org

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1